

DEUTSCHES INSTITUT FÜR WIRTSCHAFTSFORSCHUNG

WOCHENBERICHT 29 / 84

Berlin

19. Juli 1984

51. Jahrgang

RGW-Gipfeltreffen: Interessenausgleich

Vom 12. bis 14. Juni dieses Jahres fand in Moskau, nach einer fast vierjährigen Anlaufzeit, die „Wirtschaftsberatung der Mitgliedsländer des RGW auf höchster Ebene“ statt. Die Ergebnisse dieser Beratung lassen sich anhand der veröffentlichten Dokumente¹ in drei Punkten zusammenfassen. Erstens: Die Zusammenarbeit der kleinen europäischen RGW-Volkswirtschaften mit der Sowjetunion soll auf mehreren Gebieten intensiviert werden; dies gilt vor allem für die Energie- und Rohstoffwirtschaft, die Land- und Nahrungsmittelwirtschaft, die Wissenschaft und Forschung. Zweitens: Diese Intensivierung der Zusammenarbeit soll nicht auf Kosten der Beziehungen mit Drittländern geschehen. Vielmehr wollen sich die RGW-Staaten – aus wirtschaftlichem und politischem Interesse – intensiv an der weltwirtschaftlichen Arbeitsteilung beteiligen und im Rahmen ihrer Möglichkeiten zur „Gesundung der internationalen Beziehungen auf dem Gebiet der Wirtschaft“ beitragen. Drittens: Der Grundcharakter der RGW-Zusammenarbeit wird in absehbarer Zukunft nicht geändert; er sichert – im Konfliktfall – den Vorrang nationalstaatlicher vor gemeinschaftlichen Interessen.

Geschichte des 1984er Gipfeltreffens

Die Einberufung eines Gipfeltreffens wurde erstmals auf der 34. Ratstagung im Sommer 1980 vom rumänischen Regierungschef vorgeschlagen². Das Treffen sollte noch im Herbst 1980, spätestens im Frühjahr 1981 stattfinden; darüber hinaus sollte für künftige Gipfeltreffen ein regelmäßiger Turnus von fünf Jahren festgelegt werden. Das rumänische Interesse konzentrierte sich auf höhere Erdöl-Importe aus der UdSSR zu Vorzugspreisen³, ferner auf höhere Vertragspreise und andere ökonomische Anreize im gegenseitigen Handel mit Agrarerzeugnissen und Nahrungsmitteln und schließlich auf eine stärkere Einbeziehung rumänischer Produktionskapazitäten in die RGW-Industriekooperation. Als sowjetische Reaktion auf diesen rumänischen Vorstoß stellte Brežnev auf dem 26. Parteitag der KPdSU im Februar 1981 fest: „Das Leben selbst erfordert es, die Koordinierung der Pläne durch Abstimmung der gesamten Wirtschaftspolitik zu ergänzen. Auch Fragen wie die strukturelle Annäherung von Wirtschaftsmechanismen, der weitere Ausbau direkter Verbindungen zwischen den an der Kooperation beteiligten Ministerien, Vereinigungen

und Betrieben sowie die Schaffung gemeinsamer Firmen stehen auf der Tagesordnung. Möglich sind auch andere Formen der Vereinigung unserer Anstrengungen und Ressourcen. Wie Sie sehen, Genossen, gibt es hier zahlreiche neue große Probleme. Vielleicht wäre es sinnvoll, wenn die führenden Repräsentanten der Bruderländer sie in nächster Zukunft kollektiv erörtern“⁴.

¹ „Deklaration der Mitgliedsländer des Rates für Gegenseitige Wirtschaftshilfe „Die Erhaltung des Friedens und die internationale ökonomische Zusammenarbeit““ und „Erklärung über die Hauptrichtungen der weiteren Entwicklung und Vertiefung der ökonomischen und wissenschaftlich-technischen Zusammenarbeit der Mitgliedsländer des RGW“ (Neues Deutschland vom 16./17. Juni 1984).

² Neuer Weg vom 20. Juni 1980.

³ Rumänien ist das einzige RGW-Land, das in den siebziger Jahren – aus politischen Gründen – auf den Bezug sowjetischen Erdöls verzichtet hatte.

⁴ L. I. Breschnew: Rechenschaftsbericht des Zentralkomitees der KPdSU an den XXVI. Parteitag der Kommunistischen Partei der Sowjetunion und die nächsten Aufgaben der Partei in der Innen- und Außenpolitik. Moskau 1981. S. 11/12.

Geschichte der RGW-Wirtschaftsgipfel

Artikel VI der RGW-Satzung, die 1960 — erst 12 Jahre nach der Gründung dieser Organisation — in Kraft getreten und 1962 sowie 1974 revidiert worden ist, legt fest: „Die Ratstagung ist das höchste Organ des Rates für Gegenseitige Wirtschaftshilfe. ... Die Ratstagung besteht aus den Delegationen aller Mitgliedsländer des Rates. Die Zusammensetzung der Delegation eines jeden Landes wird von der Regierung des betreffenden Landes bestimmt.“ Von April 1949 bis Juni 1984 sind 38 Sitzungen der Ratstagung abgehalten worden. Sie wurden — bis auf eine Ausnahme — auf der Ebene der Regierungschefs durchgeführt. Als Ausnahme wurde die 23. (Außerordentliche) Ratstagung 1969 (23. - 26.4.) — das vorletzte Gipfeltreffen im RGW — von den Generalsekretären der regierenden kommunistischen Parteien der Mitgliedsländer geleitet. Im Gegensatz dazu haben alle anderen bisherigen Treffen der Parteichefs — 1958 (20. - 23.5.), 1962 (6.6. - 7.6.), 1963 (24. - 26.7.), 1966 (7.7.) und 1984 (12.6. - 14.6.) — außerhalb der formellen Satzungsbestimmungen des RGW stattgefunden. Abgesehen von den Zusammenkünften 1958 und 1966 endeten die Gipfel jeweils mit einer Ratstagung: 1962 mit der 16. Ratstagung (7.6.), 1963 mit der 18. Ratstagung (25. - 26.7.) und 1984 mit der 38. (Außerordentlichen) Ratstagung (14.6.).

In der jüngsten sowjetischen Integrationsliteratur wird von den RGW-Ländern gefordert, die nationale Struktur- und Investitionspolitik zu harmonisieren sowie die Maßnahmen zur Modernisierung der nationalen Wirtschaftsmechanismen aufeinander abzustimmen⁵. Vor dem Hintergrund der bisherigen RGW-Zusammenarbeit wäre dies eine wirtschaftspolitische (und politische) Herausforderung für die beteiligten Regierungen; denn diese Zusammenarbeit konzentrierte sich bislang weitgehend auf die bilaterale Absprache des gegenseitigen Warenaustausches, in gewissem Ausmaß auch auf den zweiseitigen Austausch von Diensten, technischem Wissen und von Kapital („Investitionsbeteiligungen“). Harmonisierung und Abstimmung würde die nationalstaatliche Souveränität in der Reformpolitik beschränken; denn Methoden und Wirksamkeit direkter staatlicher Planung und Kontrolle der Wirtschaftsprozesse unterscheiden sich von Land zu Land.

Es ist deswegen nicht überraschend, daß die einzelnen RGW-Mitgliedsstaaten lange Zeit brauchten, um ihre Position für den bevorstehenden Gipfel festzulegen. Das Politbüro der SED „billigte die in Vorberei-

tung der Wirtschaftsberatung der Mitgliedsländer des RGW auf höchster Ebene abgestimmten Dokumente“ z.B. erst Ende November 1983⁶. Schließlich verzögerte die schwere Krankheit des inzwischen verstorbenen sowjetischen Parteichefs, Andropov, die Einberufung des Treffens ein weiteres Mal.

Ergebnisse des Gipfeltreffens 1984: Mehr Export in die Sowjetunion...

Einen Schwerpunkt der Beratung bildeten offensichtlich die Probleme der gemeinschaftsinternen Energie- und Rohstoffversorgung. Zur Entlastung der sowjetischen Energie- und Rohstoffbilanz haben die übrigen RGW-Länder dreierlei Verpflichtungen übernommen: (1) Die eigenen Ressourcen (einschl. Importe aus Drittländern) sollen maximal genutzt und die Volkswirtschaften auf einen sparsamen und rationalen Rohstoffeinsatz umgestellt werden. (2) Die Struktur der Energiebezüge aus der UdSSR soll sich mittelfristig verändern (Ersatz von Erdöl durch Erdgas; eine Entscheidung über den Bau der neuen Gasleitung, der im langfristigen Energieprogramm der Sowjetunion vorgesehen ist, wurde anscheinend noch nicht getroffen). (3) Zur Sicherung der Energie- und Rohstoffimporte müssen „Nahrungsmittel und industrielle Konsumgüter, einige Arten von Konstruktionsmaterialien, Maschinen und Ausrüstungen hoher Qualität und mit technischem Weltniveau“ in die Sowjetunion geliefert werden, und zwar mehr, als ursprünglich vorgesehen. Die UdSSR hat dem Vernehmen nach zugestanden, daß sie bei ihren Lieferungen immer dann den Weltmarktpreis in Rechnung stellen wird, wenn dieser unter dem RGW-Verrechnungspreis liegen sollte. Alles in allem laufen diese Ergebnisse darauf hinaus, daß der sowjetische Markt für die kleineren RGW-Länder anspruchsvoller und schwieriger werden wird und daß der hohe sowjetische Exportüberschuß gegenüber diesen Ländern allmählich abgebaut werden soll.

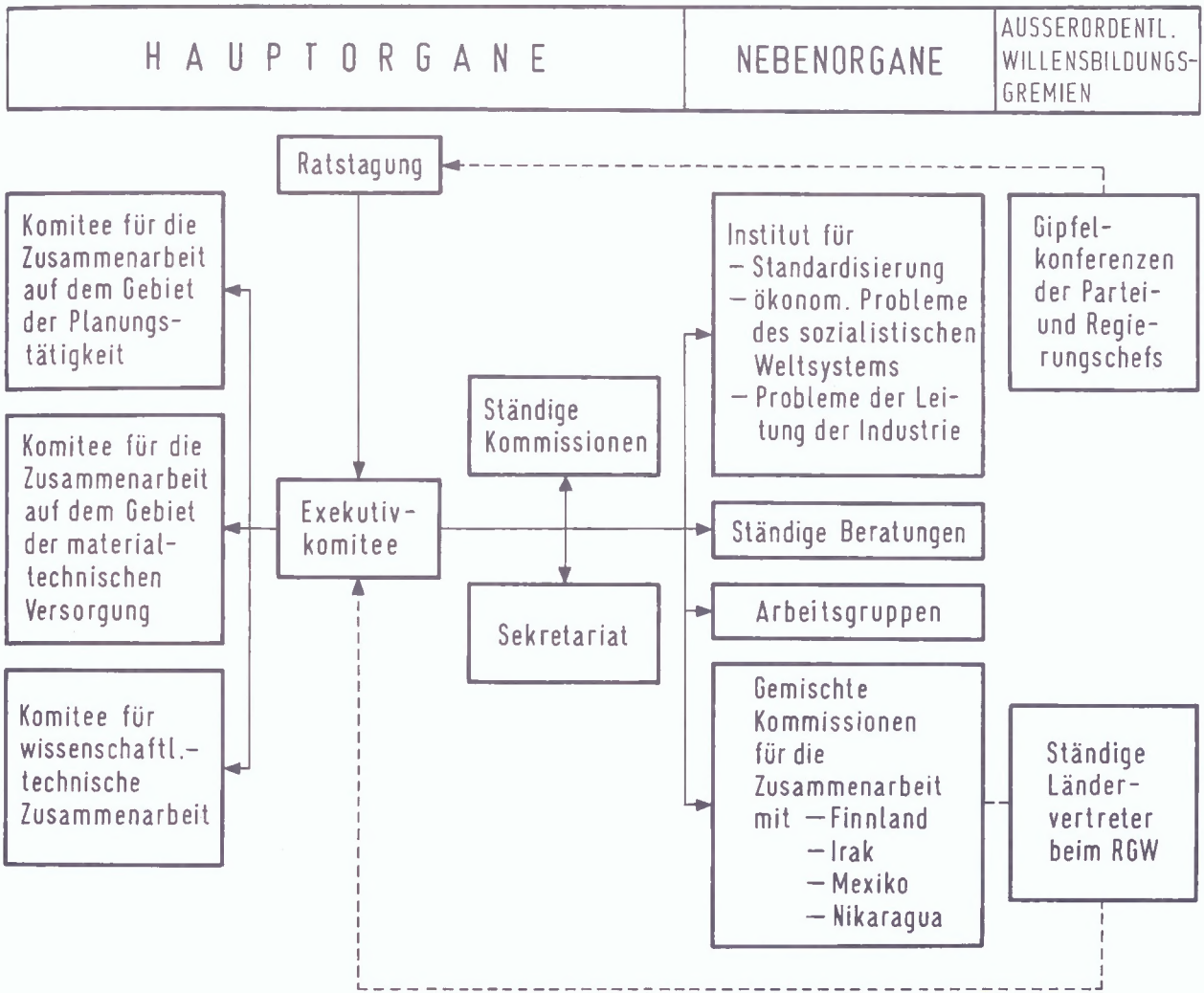
Für den RGW-Intrablockhandel dürfte dies zur Folge haben, daß der Anteil der UdSSR am Export der kleineren RGW(6)-Länder, der von 1970 bis 1982 um zwei Punkte auf über 38 vH gestiegen ist, weiter zunehmen wird. Demgegenüber wird die Exportverflechtung der RGW(6)-Länder untereinander wie bereits in den vergangenen Jahren (1970 bis 1982 von 27,5 vH auf 22,5 vH) abnehmen.

Eine wichtige Aufgabe soll ferner die engere Zusammenarbeit im Bereich des sogenannten Agrar-Industrie-Komplexes (Landwirtschaft und alle ihr vor-

⁵ So z.B. Oleg Bogomolow: Die ökonomische Strategie des RGW für die achtziger Jahre. In: Sowjetwissenschaft. Gesellschaftswissenschaftliche Beiträge. Heft 5/1983. S. 595 ff.

⁶ Neues Deutschland vom 25. November 1983.

Organisationsstruktur des RGW



DIW 84

und nachgelagerten Zweige) werden. Damit will man eine quantitativ und qualitativ bessere Versorgung der Bevölkerung erreichen. Ziel der abgestimmten Agrarpolitik ist vermutlich auch die Erhöhung der Selbstversorgung im RGW-Maßstab. Insbesondere die Getreideimporte aus dem Westen sollen spürbar verringert werden, in erster Linie die sowjetischen Importe (1982 war die Nettoeinfuhr am inländischen Getreideverbrauch in der UdSSR mit 18 vH und in den RGW(6)-Ländern im Durchschnitt mit 4 vH beteiligt). Der Intra-blockhandel mit Agrarerzeugnissen soll durch Investitionsbeteiligungen „interessierter“ Länder bei den Agrarproduzenten stimuliert werden. Auch „andere ökonomische Bedingungen“ sollen diese Agrarlieferungen anregen. Von diesen Maßnahmen werden vor allem Ungarn, Bulgarien und Rumänien profitieren.

Die europäischen RGW-Mitglieder haben sich verpflichtet, den anerkannten Entwicklungsländern der Gemeinschaft — Kuba, Mongolei und Vietnam — „auch weiterhin Hilfe zu gewähren“. Über Umfang und Art dieser Hilfe wurde indes nichts gesagt. Wie bisher wird der größte Teil dieser Hilfe, primär aus politischen Gründen, von der Sowjetunion geleistet wer-

⁷ So verlautet, daß die Vertragspreise für diese Güter angehoben werden sollen. Die bilateralen Preisverhandlungen sollen nicht mehr, wie bisher, von den Weltmarktpreisen ausgehen (sofern es, wie bei Getreide, solche Preisnotierungen überhaupt gibt). Es wurde jetzt anscheinend vereinbart, dafür die höheren EG-Preise heranzuziehen. Der EG-Interventionspreis für Hartweizen lag in den Wirtschaftsjahren 1981/82 und 1982/83 um rund 50 vH über dem Angebotspreis für amerikanischen Hartweizen (loco Amsterdam/Rotterdam); 1980/81 betrug diese Differenz + 17 vH.

Gegenseitige Handelsverflechtung der europäischen RGW-Mitgliedsländer

Jahr	Bulgarien	CSSR	DDR	Polen	Rumänien	Ungarn	RGW (6)	UdSSR	RGW (7)
Anteil der RGW (6) - Länder am Export in vH									
1970	21,5	32,0	30,2	24,9	21,4	28,0	27,4	52,8	37,9
1975	20,0	32,5	32,4	25,1	18,3	28,6	27,2	49,3	36,6
1980	16,5	27,8	28,2	21,1	17,7	26,7	23,6	42,1	32,3
1981	16,6	26,8	24,8	23,3	15,6	24,8	22,5	42,5	32,2
1982	16,1	25,9	23,6	24,0	18,9	24,1	22,6	41,6	32,0
Anteil der UdSSR am Export in vH									
1970	53,8	32,2	38,0	35,3	28,6	34,1	36,5	---	21,4
1975	54,6	33,0	35,5	31,6	19,9	38,4	34,6	---	20,0
1980	49,9	35,6	35,6	31,2	19,6	37,2	34,5	---	18,3
1981	48,3	37,6	36,5	32,4	20,8	41,8	35,9	---	18,5
1982	51,6	40,5	35,9	38,1	20,9	43,4	38,3	---	19,5
Saldo ¹⁾ im RGW (6) - Handel in Mrd. Transfer-Rubel ²⁾									
1970	+0,05	+0,08	+0,13	-0,11	-0,04	-0,07	+0,04	+0,11	+0,15
1975	-0,22	+0,01	+0,93	-0,64	-0,03	+0,13	+0,18	-0,91	-0,73
1980	-0,05	-0,56	+1,77	-0,58	-0,28	+0,18	+0,50	+4,44	+4,93
1981	-0,10	-0,51	+1,82	-0,60	-0,38	+0,25	+0,49	+7,59	+8,07
1982	-0,29	-0,55	+2,07	-0,56	-0,41	+0,16	+0,43	³⁾ +9,56	+9,99
Saldo ¹⁾ im Handel mit der UdSSR in Mrd. Transfer-Rubel ²⁾									
1970	+0,11	+0,01	-0,18	-0,10	+0,03	-0,04	-0,17	---	---
1975	+0,28	+0,06	+0,08	+0,24	+0,45	-0,01	+1,10	---	---
1980	-0,82	-0,76	-1,80	-0,73	+0,63	-0,78	-4,26	---	---
1981	-1,34	-0,94	-2,17	-2,36	+0,63	-0,40	-6,59	---	---
1982	-1,74	-1,21	-2,42	-2,98	+0,77	+0,10	³⁾ -7,48	---	---
Anteil der Mitgliedsländer am Intra-RGW-Export in vH									
1970	3,7	10,4	11,8	7,5	3,4	5,5	42,3	57,7	100
1975	3,4	9,1	11,7	9,3	3,5	5,9	42,9	57,1	100
1980	3,3	8,1	10,0	7,2	3,9	6,2	38,9	61,1	100
1981	3,3	7,7	9,2	6,1	3,7	5,8	36,0	64,0	100
1982	3,3	7,5	9,2	6,5	3,9	5,7	36,0	64,0	100

1) Überschuß: +, Fehlbedarf: -; Kumulierte Werte seit 1970.- 2) Der Transfer-Rubel (TRbl) ist die gemeinschaftliche Verrechnungseinheit der RGW-Staaten.- 3) Der kumulierte Handelsüberschuß der UdSSR ist um 2 Mrd. TRbl größer als das - spiegelbildliche - Defizit der RGW (6) - Staaten; diese Differenz läßt sich anhand der amtlichen Außenhandelsstatistiken nicht erklären.

Quellen: Statistische Jahrbücher und Außenhandelsjahrbücher der RGW-Länder; Statistisches Jahrbuch des RGW; Berechnungen des DIW.

Daten zum gegenseitigen Agrarhandel der RGW-Staaten 1982

	Salden in Mrd. Transfer-Rubel	Anteile am Export in vH
Bulgarien	+ 1,28	29,6
CSSR	- 0,24	4,2
DDR	- 0,41	2,3
Polen	- 0,14	3,0
Rumänien	+ 0,32	9,2
UdSSR	- 4,77	13,4
Ungarn	+ 1,70	38,3

den (Ausfuhrüberschuß in Mrd. Transfer-Rubel, kumulierte Werte von 1976 bis 1982)⁸⁾:

	UdSSR	RGW(6)
Kuba	0,8	0,5
Mongolei	3,2	0,1
Vietnam	2,2	0,7

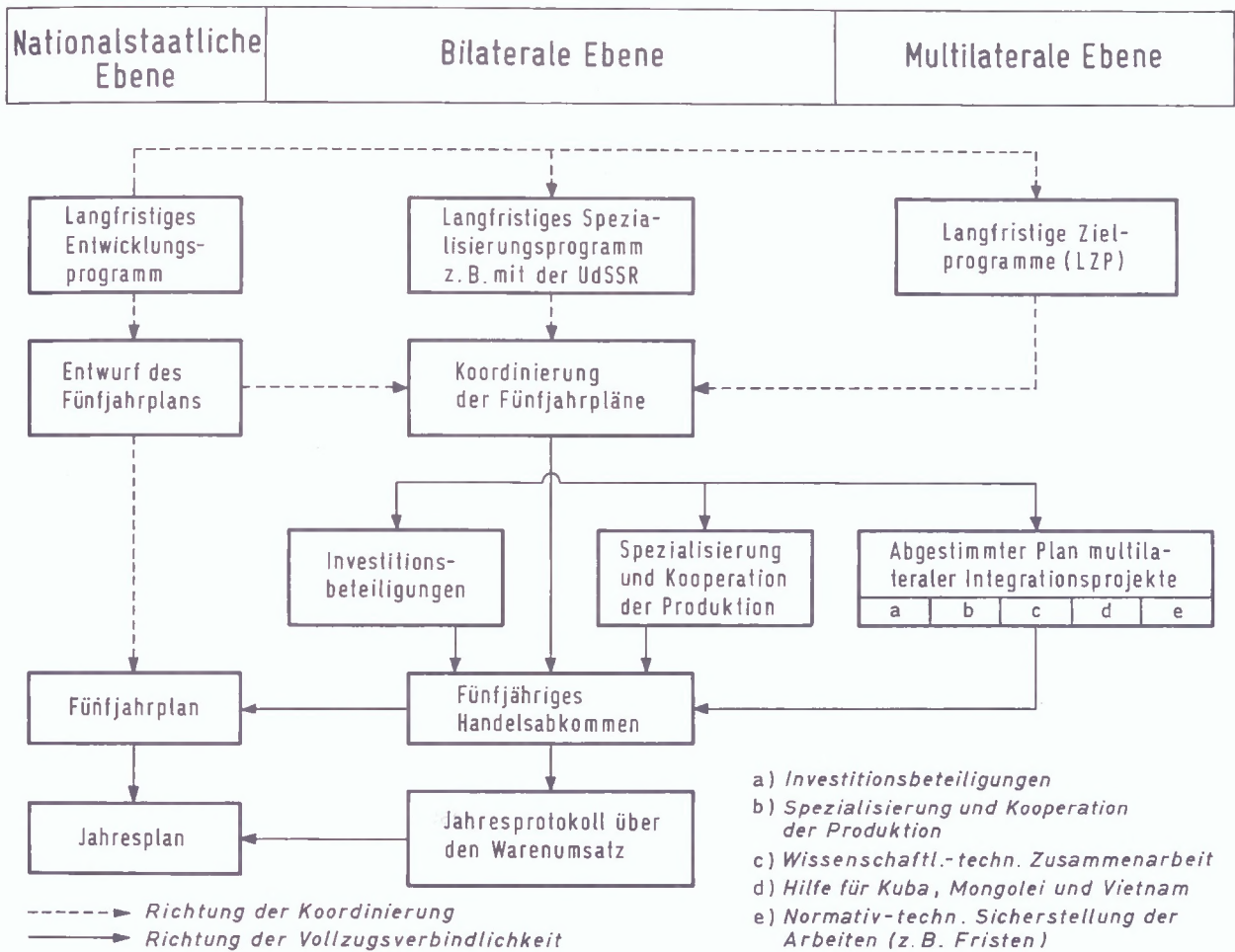
Auch auf dem Gebiet der Verkehrsverbindungen zwischen den RGW-Staaten sollen „gegenseitig interessierende Investitionen“ abgestimmt werden, wobei dem Seetransport nach Kuba und nach Vietnam „eine besondere Aufmerksamkeit gewidmet“ werden soll. Insgesamt soll die „Durchlaßfähigkeit der Grenzbahnhöfe“ erhöht werden.

... und ökonomisch gesunde Beziehungen zu Drittländern ...

In einer politischen Absichtserklärung haben die RGW-Staaten bekundet, an der weltwirtschaftlichen Arbeitsteilung intensiv teilzunehmen und — im Rahmen ihrer Möglichkeiten — zur „Gesundung der inter-

⁸⁾ Die Ergebnisse aus dem Warenhandel sind allerdings nur ein Hinweis auf den Umfang dieser Wirtschaftshilfe, der tatsächlich größer sein dürfte. Die NATO schätzt den Umfang der gesamten sowjetischen Wirtschaftshilfe (einschließlich von Waffenlieferungen) an diese drei Länder in den Jahren 1976 bis 1982 auf 32,5 Mrd. US-\$, allein drei Viertel davon an Kuba.

Zusammenhang der wichtigsten Integrationspolitiken im RGW



DIW 84

nationalen Beziehungen auf dem Gebiet der Wirtschaft" beizutragen. Sie wollen dies aus politischem Interesse tun, weil sie im Sinne der KSZE-Schlußakte der Überzeugung sind, damit einen Beitrag zu mehr Vertrauen und zur Entspannung leisten und ihren Einfluß in der Dritten Welt erweitern zu können. Vor allem aber entspricht dieser Kurs auch ihrer ökonomischen Interessenlage, weil die weltwirtschaftliche Lage sich auch „auf die Erfüllung ihrer Wirtschaftspläne ... auswirkt“ und der Aufbau einer wettbewerbsfähigen Exportindustrie, damit indirekt auch die ordentliche Finanzierung ihres Schuldendienstes an westliche Gläubiger nicht ohne westliche Technik zu bewerkstelligen sein dürften. Außerdem ist die Zusammenarbeit mit den Ländern der Dritten Welt zur Erweiterung der Rohstoffbasis erforderlich. Die angestrebte Intensivierung der Integration innerhalb des RGW und der Ausbau wirtschaftlicher Beziehungen zu Drittländern stehen also nicht im Widerspruch zueinander, sondern ergänzen sich.

In diesem Zusammenhang wollen die RGW-Länder auch die „potentiellen Möglichkeiten für die Entwicklung der kommerziellen Zusammenarbeit mit kapitalistischen Staaten sowie deren Betrieben und Firmen“ aktiv nutzen, und es soll ein „diesbezügliches Abkommen zwischen RGW und EWG“ abgeschlossen werden⁹.

... bei unverändertem Integrationsmechanismus.

In der Schlußerklärung wurde wortreich verschlei-ert, daß der Grundcharakter der RGW-Zusammenarbeit nicht geändert wurde. Zwar ist dort von „einem

⁹ Die Verhandlungen zwischen beiden Organisationen über die Aufnahme beiderseitiger Beziehungen, die 1975 begonnen haben und bisher sehr zähflüssig und ergebnislos verlaufen sind, wurden im April 1980 seitens der EG als Reaktion auf den sowjetischen Einmarsch in Afghanistan offiziell abgebrochen. Es hat nicht den Anschein, daß die RGW-Seite eine Initiative zur Wiederaufnahme dieser Verhandlungen ergreifen wird.

neuen Schritt zur Vertiefung der Abstimmung der Wirtschaftspolitik durch die Mitgliedsländer des RGW" die Rede. Zugleich wurde aber betont, daß die „Koordinierung der Volkswirtschaftspläne das Hauptinstrument der Abstimmung der Wirtschaftspolitik" sein werde. Bislang war diese Koordinierung, laut „Komplexprogramm" des RGW von 1971, „Hauptmethode der Organisation der Zusammenarbeit und Vertiefung der internationalen Arbeitsteilung". Plankoordinierung setzt aber eine selbständige Planung und Wirtschaftspolitik der einzelnen Staaten voraus. Die Grundsätze des RGW über das Verhältnis von Einzelstaat zur Gemeinschaft wurden erneut bekräftigt (Achtung der staatlichen Souveränität, der Unabhängigkeit und der nationalen Interessen; Nichteinmischung in die inneren Angelegenheiten der Länder; völlige Gleichberechtigung; gegenseitiger Vorteil; kameradschaftliche gegenseitige Hilfe). Besonders das Prinzip der Interessiertheit wurde hervorgehoben, das beim gegenwärtigen Mechanismus der Willensbildung im RGW („Einstimmigkeit der interessierten Mitglieder") den Vorrang nationaler vor gemeinschaftlichen Interessen sichert.

In diesem Zusammenhang ist besonders wichtig, daß die sowjetischen Bestrebungen zur „Annäherung der Strukturen des Wirtschaftsmechanismus" offensichtlich vertagt worden sind. Neue gemeinschaftliche Preisbeschlüsse konnte dieser Gipfel nicht treffen¹⁰. Die währungspolitischen Instrumente der Integration bleiben auch für den Rest dieses Jahrzehnts — hinter der zentralen Planung — zweitrangig. Auf dem Gipfeltreffen wurde es für „zweckmäßig" angesehen, „regelmäßige Treffen der Partei- und Staatsführung auf höchster Ebene durchzuführen" (ohne daß man sich allerdings auf einen zeitlichen Turnus geeinigt hätte).

Fazit

Auf dem Gipfeltreffen von 1962 wurde die Plankoordinierung als „Hauptmittel der internationalen sozialistischen Arbeitsteilung" beschlossen. Das Treffen

von 1969 markiert den Beginn der „sozialistischen ökonomischen Integration". Verglichen damit sind die Ergebnisse des diesjährigen Treffens bescheidener und realistischer. Die materiellen Aufgaben der beschlossenen Strategie werden in den nächsten einundeinhalb Jahren auszuarbeiten sein und dann die Koordinierung der Pläne für 1986 bis 1990 bestimmen¹¹. Die veröffentlichten Dokumente stellen einen integrationspolitischen Kompromiß dar, mit dem alle RGW-Staaten leben können. Das bedeutet allerdings nicht, daß es insbesondere den kleinen RGW-Staaten Europas leichtfallen wird, die Beschlüsse in wirtschaftspolitische Taten umzusetzen. Im Gegenteil: Sie werden sich anstrengen müssen, um ihre Wirtschaftsbeziehungen zur UdSSR auszuweiten und umzustrukturieren. Zugleich wollen alle RGW-Volkswirtschaften die industrielle Zusammenarbeit gerade bei modernster Technik verstärken, um auf diesem Gebiet gegenüber den westlichen Industriestaaten nicht noch stärker in Rückstand zu geraten¹².

Beide Aufgaben sind ohne westliche Technik und ohne westliches Know-how kaum in einer überschaubaren Zeit zu lösen. Daher ist es die erklärte Bereitschaft der RGW-Länder, die wirtschaftlichen Beziehungen zum Westen aus politischen Überlegungen heraus nicht kürzen oder gar abbrechen zu wollen. Es dürfte aber auch im ökonomischen und politischen Interesse des Westens liegen, daß sich die RGW-Staaten an der Lösung internationaler Wirtschaftsprobleme beteiligen und in den internationalen Wirtschafts- und Währungsorganisationen mitarbeiten.

¹⁰ Aus Moskau verlautet, daß frühestens für die Jahre 1986 bis 1990 mit einer neuen Preisbildungsformel für den RGW-Intrablockhandel zu rechnen sei, ohne daß jetzt bereits feststünde, wie diese Formel aussehen könnte.

¹¹ Die 39. Ratstagung, auf der die Gipfelbeschlüsse in RGW-Empfehlungen umgewandelt werden, wird im Oktober dieses Jahres in Havanna stattfinden.

¹² Das DIW wird, finanziell von der Stiftung Volkswagenwerk unterstützt, eine größere Untersuchung über Erfolge, Grenzen, Probleme und Aussichten der „Internationalen Industriepolitik der RGW-Länder" durchführen.

Aluminium auf Wachstumskurs

Der Konjunkturverlauf in den USA war für die seit 1982 wieder expandierende Aluminiumindustrie von erheblicher Bedeutung. Allerdings hielten sich die Impulse für das Wachstum in anderen Ländern in engen Grenzen. Dennoch entwickelte sich die Nachfrage nach Aluminium im Jahre 1983 sehr lebhaft; sie wurde durch das inzwischen als abgeschlossen geltende Aufstocken der Lagerbestände bei den Weiterverarbeitern getragen, die während der Rezession stark reduziert worden waren. Da andererseits die Produktion von Hüttenaluminium im ersten Halbjahr 1984 stark zugenommen hat, befinden sich Angebot und Nachfrage nicht im Gleichgewicht. Dieses — wenn auch vorerst nur leichte Marktungleichgewicht — ist für die Schwäche der Aluminiumpreise im bisherigen Jahresverlauf bestimmend. Bei ihrem gegenwärtigen Stand kann eine Reihe von Betrieben nicht mehr kostendeckend produzieren.

Produktion von Hüttenaluminium

Die Weltproduktion von etwa 14,3 Mill. t Hüttenaluminium im Jahre 1983 (1973: 12,8 Mill. t) verteilte sich zu 64 vH (73 vH) auf westliche Industrieländer, zu 22 vH (21 vH) auf Staatshandelsländer und inzwischen immerhin 14 vH (6 vH) auf Länder der Dritten Welt. Größtes Produzentenland sind unverändert die USA (Weltanteil 1983: 25,4 vH), vor der UdSSR (17 vH), Kanada (7,7 vH) und der Bundesrepublik Deutschland (5,2 vH).

Ausgehend von 1950 expandierte die Weltproduktion von Hüttenaluminium mit folgenden durchschnittlichen jährlichen Zuwachsraten: 1950/60 13 vH; 1960/70 9,5 vH; 1970/80 5,1 vH. Nach dem Einbruch von 1975 kam es 1981 und 1982 zu einem signifikanten Rückgang; 1983 erhöhte sich die Produktion wieder. Auf niedrigem Niveau, das etwa dem des Jahres 1976 entsprach und um 13 vH unter dem Höchststand von 1980 lag, betrug der Zuwachs lediglich 2 vH (einschl. Staatshandelsländer), während die Weltnachfrage von Hüttenaluminium 1983 mit 9 vH expandierte. Darin kommen vor allem Veränderungen in der Vorrathaltung zum Ausdruck: die Produzenten haben ihre Bestände abgebaut, die Weiterverarbeiter aufgebaut.

Am Produktionszuwachs im Jahre 1983 sind vornehmlich Länder der Dritten Welt — und zwar zu mehr als vier Fünfteln — beteiligt gewesen. Von der Mehrproduktion dieser Ländergruppe konzentrierten sich 73 vH auf Brasilien, Indonesien und Venezuela. In diesen Ländern hatte die Aluminiumproduktion bereits in den vergangenen Jahren besonders stark expandiert. Von 1973 bis 1983 nahm sie in Brasilien im Jahres-

durchschnitt um 14 vH und in Venezuela um 29 vH zu; Indonesien zählt erst seit 1982 zu den nunmehr insgesamt 16 Hüttenaluminium erzeugenden Ländern der Dritten Welt.

An den veränderten Regionalstrukturen im Vergleich 1973 und 1983 sind jedoch nicht allein Länder der Dritten Welt beteiligt. In dieser Periode wurden neue Gewinnungsbetriebe auch in Ägypten, Argentinien, Dubai und in der Türkei errichtet. In Westeuropa zählen besonders Spanien, Norwegen und die Bundesrepublik Deutschland zu den Ländern mit einer zum Teil erheblich gestiegenen Produktion von Hüttenaluminium. So hat Spanien in den vergangenen 10 Jahren die Produktion mehr als verdoppelt. Norwegen, das seine Produktion 1983 gegenüber dem Vorjahr um etwa 11 vH ausgedehnt hatte, wird — wenn die bekanntgewordenen Investitionsvorhaben zum Auf- und Ausbau von Hüttenkapazitäten durchgeführt werden — noch in den achtziger Jahren die Bundesrepublik Deutschland als größten westeuropäischen Produzenten ablösen.

Die Entwicklung in Norwegen ist weitgehend determiniert durch Standortvorteile bei der Versorgung mit sicherer und preiswerter Energie (Wasserkraft), einem nach wie vor vorrangigen Investitionskriterium bei der äußerst energieintensiven Hüttenaluminiumproduktion.

Für die Anfang der achtziger Jahre vorgenommenen Kapazitätseinschränkungen waren neben der konjunkturellen Entwicklung der Weltwirtschaft jedoch auch kosteninduzierte Veränderungen vorwiegend in asiatischen Ländern maßgebend. Insbesondere gilt dies für die Hüttenaluminiumindustrie in Japan, wo die Versorgung mit elektrischer Energie in der Vergangenheit bis zu 85 vH auf Mineralölprodukten basierte. Obwohl der spezifische Energieverbrauch bei der Produktion von Hüttenaluminium 1980 um rund 12 vH unter dem vergleichbaren Durchschnittswert in der westlichen Welt lag, erwies sich die Produktion auf dieser Grundlage als nicht mehr wettbewerbsfähig. Durch rigorose Stilllegungen unrentabler Anlagen ist der Ausstoß der japanischen Hüttenaluminiumindustrie von 1980 bis 1983 um mehr als drei Viertel zurückgegangen. Bis 1980 hatte Japan in der Weltproduktion nach den USA und der UdSSR noch an dritter Stelle gelegen, vor Kanada und der Bundesrepublik Deutschland. Gegenwärtig (1983) entspricht die Produktion Japans derjenigen von Großbritannien oder Jugoslawien.

Japan ist kein Einzelfall geblieben. In der Republik Taiwan wurde die Erzeugung von Hüttenaluminium vollkommen aufgegeben, in der Republik Korea im Vergleich zu den siebziger Jahren um ein Fünftel re-

**Verbrauch elektrischer Energie nach Primärenergieträgern zur Produktion von Hüttenaluminium
nach Ländergruppen im Jahre 1983**
in Mill. kWh

	Europa	Afrika	Süd- asien	Ost- asien	Nord- amerika	Latein- amerika	Ozeanien	IPAI- Insges.	Anteile in vH		
									1980	1982	1983
Wasserkraft	24 560	4 365	3 983	1 086	45 401	15 525	5 531	100 451	50,7	54,6	55,2
Kohle	15 667	2 487	2 873	1 678	26 318	-	5 682	54 705	25,5	28,0	30,1
Erdöl	3 122	-	189	1 147	491	8	234	5 191	10,0	4,4	2,8
Erdgas	3 869	-	5 417	25	432	469	-	10 212	7,8	7,1	5,6
Kernkraft	7 113	-	-	316	4 031	-	-	11 460	6,0	5,9	6,3
Insgesamt	54 331	6 852	12 462	4 252	76 673	16 002	11 447	182 019	100,0	100,0	100,0

Quelle: International Primary Aluminium Institute (IPAI), London.

duziert. Die steigende Nachfrage dieser Länder wird durch Importe gedeckt. Andere Länder wie die USA haben gleichfalls kostenintensive Anlagen stillgelegt und weitere Kapazitätseinschränkungen angekündigt.

Energieverbrauch

Zur Produktion von Hüttenaluminium in Ländern der westlichen Welt sind 1983 etwa 182 Mrd. kWh elektrischer Energie eingesetzt worden. Hiervon stammten 55 vH aus Wasserkraftwerken, 30 vH aus Kohlekraftwerken und 6 vH aus Kernkraftwerken. Der Anteil der Stromerzeugung auf Basis von Erdöl und Erdgas reduzierte sich erheblich (1983: 9 vH).

Innerhalb der spezifischen Energiestrukturen der Hüttenaluminiumindustrie einzelner Ländergruppen bestehen deutliche Unterschiede. Die Hydroenergie dominiert in Lateinamerika (97 vH), Afrika (64 vH), Nordamerika (59 vH), Ozeanien (48 vH) und Westeuropa (45 vH). In Westeuropa steht der Kohlestrom an zweiter Stelle (29 vH), vor der Kernenergie (13 vH), dem Erdöl (7 vH) und dem Erdgas (6 vH). In der Bundesrepublik Deutschland wird nur in Wasserkraft-, Kohle- und Kernkraftwerken gewonnene elektrische Energie zur Produktion von Hüttenaluminium eingesetzt. Der spezifische Stromverbrauch betrug für die westlichen Industrie- und Entwicklungsländer 1983 durchschnittlich 16 825 kWh/t Hüttenaluminium. Dieser Wert umfaßt sowohl Umwandlungsverluste (Transformation von Wechsel- in Gleichstrom) als auch den wachsenden Verbrauch an elektrischer Energie für Umweltschutzeinrichtungen, jedoch nicht den Verbrauch bei der Elektrodenfertigung. Gegenüber den Jahren 1980 und 1982 hat sich dieser Wert kaum verändert, obwohl die reine Schmelzenergie durch Verfahrensverbesserungen um etwa 25 vH reduziert werden konnte. Die regionalen Unterschiede des spezifischen Stromverbrauchs haben sich seit 1980 weiter vermindert; sie

**Spezifischer Verbrauch elektrischer Energie
bei der Hüttenaluminiumproduktion nach Ländergruppen
1980, 1982 und 1983**
in kWh/t Hüttenaluminium

	1980	1982	1983
Europa	16 669	16 375	16 356
Afrika	16 487	16 022	15 655
Südostasien	17 829	17 237	17 436
Ostasien	14 948	15 255	15 830
Nordamerika	17 477	17 009	17 264
Lateinamerika	17 348	17 135	16 905
Ozeanien	16 678	16 468	16 647
IPAI Durchschnitt	16 951	16 694	16 825

Quelle: International Primary Aluminium Institute (IPAI), London.

betragen nunmehr maximal knapp 10 vH, nach 12 vH im Vorjahr und noch 18 vH im Jahre 1980.

Außenhandel

Das Handelsvolumen von Rohaluminium (Hütten- und Umschmelzaluminium) expandierte zwischen 1973 und 1983 um durchschnittlich jährlich mehr als 5 vH. Mit 10,838 Mill. t wurde 1983 der Vorjahreswert um knapp 11 vH und erstmalig auch die 10 Mill.t-Marke überschritten. Für die Exporte und Importe ist gleichermaßen eine hohe Konzentration auf wenige Länder kennzeichnend. An der Ausfuhr in den Jahren 1973 und 1983 waren fünf von 47 Ländern rund zur Hälfte beteiligt. Größtes Exportland von Rohaluminium ist Kanada mit zuletzt knapp 17 vH der Weltausfuhren (1973: 19 vH), vor Norwegen mit 11 vH (16 vH), den Niederlanden mit 8 vH (5 vH), den USA mit 7 vH (6 vH) und der Bundesrepublik Deutschland mit 6 vH (3 vH). Auf

**Aluminiumverbrauch¹⁾ nach Verwendungszwecken in der Bundesrepublik Deutschland
in den Jahren 1973 bis 1976 und 1979 bis 1983**
in 1000 t

	1973	1974	1975	1976	1979	1980	1981	1982	1983	Veränderung in vH 1983/1982	Anteile in vH 1983
Fahrzeugbau	208,0	174,4	171,0	220,2	284,4	282,3	278,5	273,3	281,4	+3,0	19,4
Maschinenbau ²⁾	74,5	78,8	55,3	71,4	85,4	82,4	74,4	67,5	65,8	-2,5	4,5
Elektrotechnik	74,0	74,4	67,2	67,8	66,5	71,5	62,1	52,3	61,0	+16,6	4,2
Bauwesen	172,6	144,9	137,4	183,2	195,3	191,4	153,4	147,0	163,2	+11,0	11,3
Chemische Industrie ³⁾	18,0	18,9	13,8	14,8	9,8	9,8	10,0	7,5	8,0	+6,7	0,6
Verpackung	92,0	91,4	79,7	93,4	101,4	98,5	100,6	102,4	109,9	+7,3	7,6
Haushaltswaren ⁴⁾	75,0	72,8	67,8	81,6	79,9	77,0	66,6	60,4	62,5	+3,5	4,3
Pulver verbrauchende Industrien	5,8	5,0	2,7	3,4	6,1	3,9	4,8	4,7	4,6	-2,1	0,3
Eisen und Stahlindustrie ⁵⁾	44,2	51,5	43,0	50,6	61,3	61,2	66,7	58,8	59,2	+0,7	4,0
Verschiedenes	91,7	99,4	80,5	111,6	112,2	99,7	101,6	84,2	121,7	+44,5	8,4
Export von Halbfabrikaten	207,1	270,3	191,9	274,6	395,5	387,9	406,9	449,7	512,9	+14,1	35,4
Verbrauch insgesamt	1062,9	1081,8	910,3	1172,6	1397,8	1365,6	1325,6	1307,8	1450,2	+10,9	100,0

1) Hütten- und Umschmelzaluminium.- 2) Einschl. Feinmechanik und Optik.- 3) Einschl. Nahrungsmittelindustrie und Landwirtschaft.- 4) Einschl. Bürobedarf.- 5) Einschl. Aluminothermie.
Quelle: Aluminium-Zentrale e.V., Düsseldorf.

Länder der Dritten Welt entfielen 1983 über 24 vH der Weltausfuhr gegenüber erst 9 vH im Jahre 1973. Aluminiumproduzenten wie Venezuela, Dubai, Brasilien, die Vereinigten Arabischen Emirate, Indonesien und Bahrain sind inzwischen zu wichtigen Versorgern der Weltmärkte geworden. Die nur indirekt erfaßbaren Exporte der Staatshandelsländer waren mit lediglich 0,3 Mill. t, dies entspricht 5 vH der Weltausfuhr von 1983, beteiligt, von denen mehr als drei Fünftel auf die UdSSR entfielen.

Bei den Importen hat sich die Konzentration seit 1980 durch die zunehmende japanische Nachfrage verstärkt. An der Gesamteinfuhr waren 1983 fünf Länder mit 69 vH beteiligt: Japan (31 vH), die USA (14 vH), die Bundesrepublik Deutschland (11 vH), Frankreich (8 vH) und die Niederlande (5 vH). Japan, dessen Anteil an den Weltimporten 1973 erst bei 17 vH gelegen hatte, ist von 1978 an vor den USA bzw. der Bundesrepublik Deutschland zum weltgrößten Importeur geworden. Größere westeuropäische Importländer sind außerdem Belgien, Italien und Großbritannien; von den Schwellenländern die Republiken Taiwan und Korea, von den Staatshandelsländern die VR China.

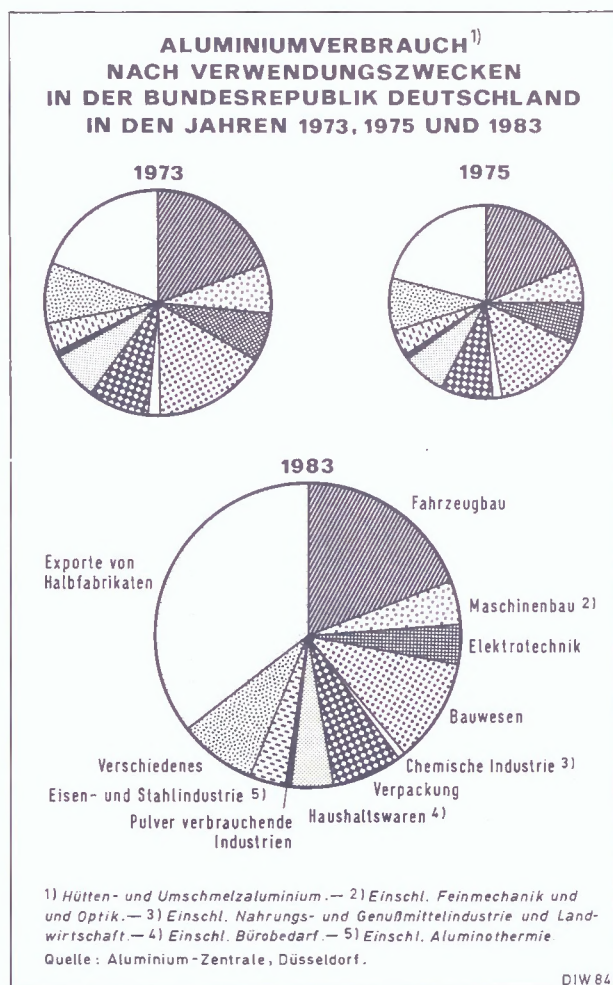
Verbrauch von Hüttenaluminium

Der Weltverbrauch von Hüttenaluminium ist 1983 erstmals seit drei Jahren wieder gestiegen, und zwar gegenüber dem Vorjahre um schätzungsweise knapp 9 vH auf etwa 15,06 Mill.t. Davon entfielen reichlich 77 vH auf westliche Industrie- und Entwicklungslän-

der und knapp 23 vH auf die Staatshandelsländer; im Jahre 1973 hatten die Anteile beider Ländergruppen 82 vH bzw. 18 vH betragen. Im Jahre 1983 wurden zwar gegenüber dem Höchststand von 1979 insgesamt etwa 6 vH weniger Hüttenaluminium verbraucht, in einigen Ländern, wie der Bundesrepublik Deutschland, Japan und der Republik Korea, jedoch neue Nachfragespitzen erreicht. Die USA stehen weiterhin an erster Stelle, wobei sich ihr Anteil am Weltverbrauch von 1973 bis 1983 allerdings um knapp 10 Prozentpunkte auf 28 vH ermäßigt hat. Es folgen die UdSSR (23 vH), Japan (12 vH) und die Bundesrepublik Deutschland (7 vH). Allein auf diese vier Länder entfielen 1983 demnach rund 70 vH (1973: 66 vH).

Im ersten Quartal 1984 sind weltweit (ohne Staatshandelsländer) 13 vH mehr Hüttenaluminium nachgefragt worden als in der Vergleichsperiode des Vorjahres. Besonders ausgeprägt war die Nachfragestärkung in den USA mit einem Verbrauchszuwachs von über 23 vH.

Unter den Industrieländern hat der Verbrauch (Hütten- und Umschmelzaluminium) während der Periode 1973/1983 in der Bundesrepublik Deutschland am kräftigsten expandiert. Einschließlich der Exporte von Halbfabrikaten erreichte er 1983 durch eine Zunahme um knapp 11 vH mit 1,45 Mill.t einen neuen Höchststand. In der Verbrauchsstruktur entfällt 1983 über ein Drittel auf die Ausfuhr von Halbfabrikaten; es folgt der Fahrzeugbau mit inzwischen 19 vH, vor dem rückläufigen Bauwesen mit 11 vH.



Die großen Verbraucherländer zeichnen sich durch unterschiedliche Verbrauchsstrukturen aus. Traditionell dominiert in Japan die Nachfrage des Bauwesens (31 vH), vor dem Fahrzeugbau (28 vH), der Elektrotechnik (8 vH) und dem stark gewachsenen Anteil des Verpackungssektors (7 vH). In den USA hat der Verpackungssektor inzwischen einen Anteil am Gesamtverbrauch von 37 vH, vor dem Fahrzeugbau (19 vH) und dem stark zurückgegangenen Bauwesen (17 vH). Allen drei Ländern ist eine abnehmende Bedeutung der Elektrotechnik gemeinsam, dem Bereich, in dem die Verwendung von Aluminium als moderner industrieller Rohstoff einst begonnen hatte.

Preisentwicklung

Bevor Aluminium im Jahre 1978 an der London Metal Exchange (LME) börsengängig wurde, waren die Listenpreise der integrierten Aluminiumgesellschaften marktbestimmend, wobei eine von Konzern zu Konzern deutlich abweichende und regional unterschiedliche Preispolitik praktiziert wurde. Der Börsen-

preis gewann in dem Maße an Bedeutung, wie neue Unternehmen ohne feste Absatzbindungen ihre erweiterte Produktion über die Börse vermarkteten. Parallel zu den in den Jahren 1980/81 bei den integrierten Gesellschaften infolge von Fehleinschätzungen des Marktes aufgebauten hohen Lagerbeständen sammelten sich von Anfang 1981 an auch Börsenbestände von mehreren 100 000 t Aluminium an, die der Disposition der Produzenten entzogen waren. Nach zwei Jahren sinkender Börsenpreise und steigender Lagerbestände hatten erstere Anfang Juni 1982 ihren Tiefstand (504,5 £/t) erreicht. Von Januar 1983 bis Januar 1984 erhöhten sich die Aluminiumnotierungen um mehr als 60 vH, im Vergleich zum Juni 1982 sogar um mehr als das Doppelte. Erstmals seit 1947 lag der Preis für Aluminium über demjenigen für Kupfer.

Aluminium, Stahl, Kupfer, Zink und andere Werkstoffe bieten zumindest theoretisch die notwendigen Voraussetzungen für einen wirksamen Substitutionswettbewerb. In Einzelfällen haben in jüngster Vergangenheit bereits preisinduzierte Resubstitutionen stattgefunden, in der Bundesrepublik Deutschland beispielsweise durch Kunststoffe bei der Fertigung von Fensterrahmen. Das aus der Perspektive des Jahres 1983 hoch erscheinende Preisniveau für Aluminium liegt jedoch noch unter dem der Periode 1977/80, wenn nicht die Listen-, sondern die tatsächlichen Verkaufspreise der Gesellschaften zugrunde gelegt werden. Das Substitutionspotential anderer Werkstoffe ist außerdem infolge der schwachen Aluminiumpreise im bisherigen Jahresverlauf 1984 rückläufig.

Wegen der wieder fallenden Aluminiumnotierungen kann eine Reihe von Betrieben nicht mehr kostendeckend produzieren. Der technologische Fortschritt in den vergangenen Jahren hat dazu geführt, daß neu errichtete Aluminiumhütten gegenüber Altanlagen mit um bis zu 25 vH niedrigeren Betriebskosten produzieren. Bei der gegebenen Altersstruktur der weltweiten Hüttenaluminiumindustrie gehen Neu- und Erweiterungsinvestitionen vorrangig zu Lasten der relativ alten und kostenintensiven Kapazitäten, vor allem in den USA. Die Entwicklung dürfte umso eher zu Strukturveränderungen führen, als die Hüttenaluminiumproduzenten während des Aufschwungs im Jahre 1983 rohstoffseitig keiner Belastung durch steigende Betriebskosten ausgesetzt gewesen sind. Weder die Preise für Energie noch für Vorstoffe haben die Aufwärtsentwicklung der Aluminiumpreise im Jahre 1983 auch nur annähernd mit- oder nachvollzogen. Die Bauxit- und Tonerdenotierungen liegen unter denen der Jahre 1981 und 1982. Für die relativ stabilen Rohstoffpreise ist die Stärke des Dollärs mit verantwortlich.

**Produktion und Bestände von Hüttenaluminium in der westlichen Welt
in den Jahren 1973 bis 1983 und im Zeitraum Januar bis Mai 1984**
in 1000 t

	1973	1974	1975	1976	1977	1978	1979	1980	1981	1982	1983	Januar 1983	- Mai 1984
Europa	2757	3150	3062	3150	3292	3345	3425	3595	3551	3306	3322	1335	1469
dav.: Bundesrep.	532,7	688,6	677,6	697,1	741,8	739,6	741,9	730,3	728,9	722,8	743,3	297,4	322,4
Ostasien	1149	1167	1061	963	1235	1126	1084	1168	817	376	270	109	126
dav.: Japan	1096,4	1118,4	1013,3	919,4	1188,2	1057,7	1010,4	1091,5	770,6	350,7	255,9	104,3	118,4
Südasien	290	296	329	402	379	385	376	399	513	627	717	276	342
Afrika	249	278	272	337	367	336	401	437	483	501	436	186	169
Nordamerika	5039	5454	4400	4485	5093	5409	5421	5726	5603	4343	4448	1675	2239
dav.: USA	4109,2	4448,5	3519,4	3856,9	4118,2	4358,7	4557,4	4654,4	4489,3	3273,3	3353,2	1316,2	1905,7
Lateinamerika	229	256	275	316	358	413	668	821	793	795	942	369	418
Ozeanien	324	330	323	372	393	414	425	460	536	548	700	258	387
Insgesamt	10037	10931	9722	10025	11117	11428	11800	12606	12296	10496	10835	4208	5150
Bestände Jahresende	1350	2012	3129	2322	2506	2035	1513	2091	3150	2936	2016	2405 ¹⁾	2014 ¹⁾

1) Ende April.

Quellen: International Primary Aluminium Institute, London.- Aluminiumzentrale e.V., Düsseldorf.

Ausblick

Der bisherige Verlauf im ersten Halbjahr 1984 in der Aluminiumindustrie der westlichen Industrie und Entwicklungsländer läßt erkennen, daß die seit 1983 wieder expansive Entwicklung weiter anhält. Von Januar bis Mai 1984 wurden mit reichlich 5,15 Mill.t gegenüber der Vorjahresperiode 22 vH mehr Hüttenaluminium erschmolzen. In der Bundesrepublik Deutschland wurden im ersten Halbjahr 1984 gegenüber 1983 etwa 8 vH mehr produziert. Angesichts der erwarteten positiven Wirtschaftsentwicklung in den westlichen Industrieländern ist anzunehmen, daß sich in der Aluminiumindustrie die Wachstumstendenzen fortsetzen. Sie dürften beim Verbrauch von Hüttenaluminium nach Schätzungen der Industrie mit einem Zuwachs von 7

bis 8 vH im Jahre 1984 allerdings niedriger ausfallen als 1983 und im Jahre 1985 4 bis 5 vH betragen. Dagegen kann bei der Produktion von Hüttenaluminium für 1984 nach der Entwicklung im ersten Halbjahr ein Zuwachs bis zu 14 vH erwartet werden. Durch die starke Belebung der Nachfrage und den starken Preisanstieg im Jahre 1983 haben die Produzenten ihre Kapazitäten möglicherweise etwas vorschnell wieder stärker ausgelastet, so daß ein kurzfristiges Überangebot im Jahresverlauf 1984 nicht unwahrscheinlich erscheint. Die seit Anfang 1984 rückläufigen Aluminiumnotierungen nehmen diese Entwicklung vorweg. Während für 1985 beim Verbrauch ein weiteres, wenn auch abgeschwächtes Wachstum erwartet werden kann, dürfte die Produktion im kommenden Jahr stagnieren.

Aus den Veröffentlichungen des DIW Sonderhefte

Erscheinen als neue Folge wieder seit 1948. Format DIN A 5.

- Nr.120 **Untersuchung zu Fragen der Gaspreisbildung als Folge der Interdependenz zwischen dem internationalen Erdgasbeschaffungs- und Erdgasabsatzmarkt in der Bundesrepublik Deutschland.** Von Urs Dolinski. 110 S. 1978. DM 49,80.
- Nr.121 **Die Entwicklung des Arbeitsplatzangebots in den Arbeitsmarktreionen.** Daten für 1961 und 1970, Prognoseergebnisse für 1980 und Kontrollrechnungen zur Überprüfung des Prognoseverfahrens. Von Herwig Birg. 152 S. 1978. DM 54,80.
- Nr.122 **Konzeption einer Strukturberichterstattung für die Bundesrepublik Deutschland.** Möglichkeiten und Grenzen der Analyse sektoraler Strukturentwicklungen. Von Bernd Görzig und Wolfgang Kirner, unter Mitarbeit von Reiner Stäglin. 68 S. 1978. DM 28,60.
- Nr.123 **Zweimal deutsche Sozialpolitik.** Von Peter Mitzscherling. 136 S. 1978. DM 26,—.
- Nr.124 **Forschung und Entwicklung in der Berliner Industrie.** Ergebnisse einer Befragung. Von Burkhard Dreher. 112 S. 1978. DM 36,—.
- Nr.125 **Maßnahmen für eine sichere und umweltverträgliche Energieversorgung.** Von Urs Dolinski und Hans-Joachim Ziesing unter Mitarbeit von Klaus-Dieter Labahn. 379 S. 1978. DM 148,—.
- Nr.126 **Zur Lage und Entwicklung der deutschen Filmwirtschaft.** Von Burkhard Dreher. 93 S. 1978. DM 32,80.
- Nr.127 **Neuberechnung der Wegekosten im Verkehr für das Jahr 1975.** Von Heinz Enderlein. 48 S. 1978. DM 18,60.
- Nr.128 **Regionalplanung und regionale Wirtschaftsstruktur in der Deutschen Demokratischen Republik.** Von Angela Scherzinger und Herbert Wilkens. 89 S. 1979. DM 33,60.
- Nr.129 **Das Kaufkraftverhältnis zwischen D-Mark und Mark (DDR). Eine Neuberechnung.** Von Charlotte Otto-Arnold. 76 S. 1979. DM 24,60.
- Nr.130 **Industrielle Strukturprobleme und sektorale Strukturpolitik in der Europäischen Gemeinschaft.** Von Fritz Franzmeyer. 160 S. 1979. DM 59,60.
- Nr.131 **Zur Interdependenz der Bevölkerungs- und Arbeitsplatzentwicklung.** Grundlagen eines simultanen interregionalen Modells für die Bundesrepublik Deutschland. Von Herwig Birg. 290 S. 1979. DM 118,—.
- Nr.132 **Zum Problem der Substitutionsmöglichkeit von Mineralölprodukten durch andere Energieträger — dargestellt am Beispiel eines Bundeslandes.** Von Urs Dolinski und Klaus-Dieter Labahn. 106 S. 1980. DM 44,60.
- Nr.133 **Möglichkeiten der künftigen Strombedarfsdeckung in der Bundesrepublik Deutschland.** Von Eckhard Casser, Jörg-Peter Weiß und Hans-Joachim Ziesing. 131 S. 1980. DM 55,30.
- Nr.134 **Lohnentwicklung und Lohnpolitik als Bestimmungsgründe konjunktureller Verläufe und struktureller Verschiebungen.** Von Hans-Peter Basler. 102 S. 1981. DM 44,80.
- Nr.135 **Elemente regionaler Wohnungsmarktmodelle und offene Fragen der Wohnungsmarktanalyse.** Von Bernd Bartholmai. 43 S. 1982. DM 22,60.
- Nr.136 **Entwicklung und Struktur des deutsch-sowjetischen Handels — Seine Bedeutung für die Volkswirtschaften der Bundesrepublik Deutschland und der Sowjetunion.** Von Jochen Bethkenhagen und Heinrich Machowski. 83 S. 1982. DM 44,—.
- Nr.137 **Berechnung der Kosten für die Wege des Eisenbahn-, Straßen-, Binnenschiffs- und Luftverkehrs in der Bundesrepublik Deutschland für das Jahr 1981.** Von Heinz Enderlein. 59 S. 1983. DM 22,60.
- Nr.138 **Die Bedeutung des Innerdeutschen Handels für die Wirtschaft der DDR.** Von Doris Cornelsen, Horst Lambrecht, Manfred Melzer und Cord Schwartzau. 203 S. 1983. DM 84,—.
- Nr.139 **Beurteilung der Wirtschaftlichkeitsschwelle und Analyse der Produktionskapazitäten bei neuen Technologien zur Energieeinsparung in mittel- und längerfristiger Sicht.** Von Hans-Joachim Ziesing. 458 S. 1983. DM 198,—.

Herausgeber: Deutsches Institut für Wirtschaftsforschung, Königin-Luise-Straße 5, D-1000 Berlin 33
Telefon (0 30) 82 99 10 — Telefax (0 30) 82 99 12 00
BTX-Systemnummer • 880 •

Präsident: Prof. Dr. Hans-Jürgen Krupp
Abteilungsleiterkollegium: Dr. Oskar de la Chevallerie, Dr. Doris Cornelsen, Dr. Fritz Franzmeyer,
Prof. Dr. Wolfgang Kirner, Dr. Jürgen Müller, Dr. Reinhard Pohl, Dr. Horst Seidler,
Dr. Wolfgang Watter, Dr. Hans-Joachim Ziesing.

Präsident und Abteilungsleiter sind gemeinsam für die wissenschaftliche Leitung verantwortlich.
Schriftleitung: Dr. Klaus Henkner

RGW-Gipfeltreffen: *Interessenausgleich.* Bearbeitet von Heinrich Machowski.—

Aluminium auf Wachstumskurs. Bearbeitet von Dieter Kamphausen.

Verlag: Duncker & Humblot, Dietrich-Schäfer-Weg 9, D-1000 Berlin 41. Nachdruck und sonstige Verbreitung — auch auszugsweise — nur mit Quellenangabe zulässig. Druck: Zippel-Druck, Oranienburger Str. 170, D-1000 Berlin 26.
Bezugspreis für den Jahrgang DM 100,—, vierteljährlich DM 30,—, Einzelnummer DM 4,—.
Zuzüglich Versandkosten.